



AFP/06/2012

Abschrift!

## Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal  
am Dienstag, dem 20.11.2012, 15:00 Uhr,  
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,  
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

---

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:47 Uhr

Anwesend:

### Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup

Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau

als Vorsitzender

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe

Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen

Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg

Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg

Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen

Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg

Vertretung für Herrn  
KTA Bernd Brieber

Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

### Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier

Frau KOAR Gun Dachs

Frau KOAR Brigitte Immel

Frau KAR Kerstin Schwill-Rudolph

Herr KA Michael Siegel

als Protokollführer

### Presse

Herr Henschel "Kreiszeitung"

Herr Stüben, "Die Harke"

Der Vorsitzende KTA Bomhoff eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 25.09.2012
- TOP 2: Konsolidierter Gesamtabchluss 2012 **2012/223**
- TOP 3: Stellenplan für das Jahr 2013 **2012/222**
- TOP 4: Haushaltsplanung 2013 **2012/043**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen; hier: Zuschüsse für die Beseitigung von Tierkadavern - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Bomhoff	gez. Siegel	gez. Kohlmeier
Kreistagsabgeordneter	Kreisamtmann	Kohlmeier



**Protokoll zu TOP 1**

---

20.11.2012

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Finanzen und Personal vom 25.09.2012**

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



**Protokoll zu TOP 2**

---

**2012/223**

20.11.2012

**Konsolidierter Gesamtabchluss 2012**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Personal nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KA Siegel stellt den konsolidierten Gesamtabchluss in Aufbau und Verfahren vor.  
/ Einzelheiten dazu können der beigefügten Präsentation entnommen werden.

KTA Bomhoff fragt, ob der konsolidierte Gesamtabchluss ebenso wie der Jahresabschluss vom Rechnungsprüfungsamt zu prüfen ist. Dies wird von KAR Schwill-Rudolph bestätigt.

KTA Koch erkundigt sich, wann etwa mit Daten zum Jahresabschluss 2012 und zum konsolidierten Gesamtabchluss 2012 gerechnet werden könne. KOAR Dachs informiert, dass das voraussichtlich nicht vor April 2013 sein wird.

KTA Bergmann-Kramer bittet um Erläuterung, warum dieser Gesamtabchluss jetzt erforderlich geworden ist. KOAR Dachs erklärt dazu, dass in vielen Bereichen Aufgaben ausgegliedert wurden und mit diesen Aufgaben auch Vermögen und Schulden. Insofern gibt der Jahresabschluss der Kernverwaltung einer Kommune nicht das vollständige Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wieder, das wird zukünftig der konsolidierte Gesamtabschluss aber leisten.

KTA Beckmeyer fragt, ob die zu konsolidierenden Aufgabenträger alle nach dem gleichen System arbeiten. Hierzu führt KA Siegel aus, dass die Kernverwaltung des Landkreises Nienburg/Weser ihren Haushalt und den Jahresabschluss gemäß Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) aufzustellen hat, die Aufgabenträger hingegen überwiegend nach Handelsgesetzbuch (HGB) arbeiten. Insofern sind gemeinsam mit den Aufgabenträgern gleiche Positionen auch gleich zu benennen.



## Protokoll zu TOP 3

---

**2012/222**

20.11.2012

### Stellenplan für das Jahr 2013

#### Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Personal nimmt Kenntnis.

#### Beratungsgang:

KOAR Immel stellt den Stellenplan 2013 vor. Die Personalkosten steigen um ca. 1,8 Mio. €, u. a. durch Personalübernahmen von PACE und Jugendwerkstatt. Darüber hinaus führen die Tarifierhöhungen in 2012 und 2013 sowie die Personalkosten für in 2013 besetzte Stellen, die in 2012, insbesondere im sozialen und technischen Bereich, längerfristig unbesetzt waren, zu der o. a. Erhöhung.

Noch nicht berücksichtigt sind hier die vereinbarte Senkung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,6 % auf 18,9 % sowie eine mögliche Erhöhung der Beamtensbesoldung. Je 1 % Steigerung der Besoldung verursacht Personalkosten in Höhe von etwa 50.000,- €.

Im Kreisausschuss wurde um Erläuterungen zum Abrechnungsverfahren der Rettungsdienstleistungen und zu den Fallzahlen gebeten. Dazu informiert KOAR Immel, dass es vom externen Abrechnungsunternehmen noch immer eine erhebliche Zahl von nicht bezahlten Rückläufern gibt (auch nach der 2. Mahnung noch nicht gezahlt). Diese können sich bis zum Jahresende 2012 auf annähernd 96.000,- € summieren, das entspricht etwa 1,4 % der Gesamterlöse des Rettungsdienstes in 2012. Die Ermittlungen hierzu sind nur von der Kreisverwaltung durchzuführen.

KTA Koch fragt, ob das ein auffällig hoher Verlust in diesem Bereich wäre. KOAR Immel stellt fest, dass das eher im Rahmen dessen ist, was auch bei anderen Trägern des Rettungsdienstes anfällt.

Hinsichtlich zusätzlichen Informationsbedarfs aus dem Kreisausschuss zum Stellenplanbericht für die Fachdienste 521, 551 und 552 berichtet KOAR Immel, dass die hier in Rede stehende Stelle koordinierende Tätigkeiten für die angeführten Fachdienste ausführen soll. Es gibt derzeit 280 überwachungspflichtige Betriebe, die verwaltungsseitig bei Betrieb und Überwachung begleitet werden sollen und müssen. Dazu gehören auch Stellungnahmen zu Einwendungen bei förmlichen immissions-

schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Dabei ist, u. a. bei Anlagen der Massentierhaltung wie in Rodewald oder Wietzen, eine stark ansteigende und auch inhaltlich deutlich fundiertere Zahl von Einwendungen festzustellen. Auch die Zahl der Beschwerden in diesem Themenfeld ist deutlich angestiegen und aufgrund der besseren Möglichkeiten der Informationsbeschaffung durch die Beschwerdeführer in der Bearbeitung wesentlich umfangreicher geworden.

KTA Cunow hinterfragt, ob diese Tätigkeiten auch gebührenpflichtig wären und ob die Einnahmen bereits dargestellt werden könnten, was jedoch von KOAR Immel verneint wurde, das sei bisher noch nicht möglich.

KTA Bergmann-Kramer verweist auf die Zusammenarbeit mit den Landkreisen Diepholz und Verden in immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und fragt, ob das auch für den Landkreis Nienburg Vorteile brächte. KOAR Immel führt dazu aus, dass der Landkreis Nienburg hier lediglich bei der Bewertung von Fremdgutachten unterstützt. Dies lässt für den Haushalt Erträge in Höhe von etwa 2.000,- € erwarten.

Zu der Frage aus dem Kreisausschuss zu veränderten Bedingungen der Essenausgabe an der Oberschule Loccum teilt KOAR Immel mit, dass die Heimvolkshochschule in Loccum dies nicht weiterführen kann und deshalb Veränderungen erforderlich sind.

KTA Warnecke sieht erhebliche Probleme bei der Nach- oder Neubesetzung von Stellen, insbesondere bei den Stellen im sozialen oder technischen Bereich. Er weist darauf hin, dass dies bereits auch an den entsprechenden Hochschulen an zurückgehenden Studierendenzahlen zu erkennen sei. Er fragt, wie beim Landkreis Nienburg Fachkompetenz ersetzt werden soll, wenn das erforderlich werde. Hier müsse nach Alternativen und attraktiven Angeboten gesucht werden, um geeignetes Personal zu finden. Zu überlegen wäre, nicht nur im Verwaltungsbereich, sondern vielleicht auch im sozialen und technischen Bereich ein duales Studium anzubieten und auf dem Wege Studierende an die Verwaltung zu binden. Darüber hinaus müsse auch überlegt werden, wie die Kreisverwaltung mit verbesserter Werbung Nachwuchs oder Fachkräfte gewinnen könne.

KTA Beckmeyer fragt, was die Bewertungskommission ist und was sie macht. KOAR Immel erläutert, dass diese Kommission sich zusammensetzt aus drei Mitgliedern des Personalrates und vier Mitgliedern von Verwaltungsseite. Die Bewertungskommission bewertet, sofern erforderlich, alle Beschäftigten- und Beamtenstellen der Kreisverwaltung. Bei den Beamtenstellen wird dafür ein Gutachten der KGSt herangezogen. Bei den Beschäftigten wird die Bewertung noch nach den Richtlinien des BAT durchgeführt.

KTA Westermann stellt fest, dass die Fachdienste überwiegend mehr Stellen fordern und kaum Stellen abgebaut werden. Er hoffe, dass sich dieser Trend mit der Stellenbemessung in 2013 vielleicht ein wenig verändere und dadurch auch Potential gefunden werde, was durch Umsetzung in anderen Fachdiensten eingesetzt werden könne.



**Protokoll zu TOP 4**

---

**2012/043**  
20.11.2012

**Haushaltsplanung 2013**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Beratungsgang:

KOAR Dachs stellt die Eckdaten des 1. Entwurfs zum Haushalt 2013 vor.

KOAR Immel weist auf einen Punkt hin, der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften abgelehnt wurde. Für den Fachbereich Gesundheitsdienste war eine Maßnahme „Sanierung und Erweiterung des Parkplatzes“ mit insgesamt 50.000,- € vorgesehen. Zur Aufteilung konnten in der Sitzung keine näheren Angaben gemacht werden. Hintergrund dieser Maßnahme ist, dass viele Bedienstete des Fachbereichs mit eigenem PKW im Außendienst tätig sind und Unterlagen und Material mitzuführen ist. Deshalb sei es erforderlich, hierfür auch die entsprechende Anzahl an Parkplätzen zur Verfügung zu stellen.

Deshalb bittet sie, dass der Ausschuss der beantragten Investition in Höhe von 50.000,- € zustimmen möge.

KTA Bomhoff formuliert folgenden Beschluss:

Die im Haushaltsentwurf veranschlagten Kosten in Höhe von 50.000,- € für Sanierung und Erweiterung des Parkplatzes Triemerstraße bleiben in voller Höhe im Haushalt stehen.

Dieser Beschluss wurde bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

KTA Leseberg weist darauf hin, dass im Bereich Kulturförderung (Produkt 21190) die Mittel für Zuweisungen um 5 % gekürzt wurden. Er beantragt im Namen der Kooperation, diese Kürzung zurück zu nehmen.

Dieser Antrag wird bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen, die Kürzung um 5 % wird dauerhaft zurückgenommen.

KTA Bergmann-Kramer stellt fest, dass der geplante Haushalt der Kreisverwaltung gar nicht so schlecht aussehe. Er weist jedoch auf die ansteigenden Investitionskredite und insbesondere auf Entwicklung bei den Liquiditätskrediten hin. Hier gilt es in der Zukunft gegenzusteuern. In Niedersachsen gebe es sogar 9 Landkreise, die gar keine Liquiditätskredite in Anspruch nehmen.

Auch KTA Westermann richtet das Augenmerk auf die hohen Investitionskredite, was aber eben so sei, wenn man notwendige Investitionen tätige. Bei den Liquiditätskrediten müsse man schauen, ob man über Ausgabenreduzierungen oder Einnahmesteigerungen die Lage eventuell verbessern könne. Vielleicht müsse man in diesem Zusammenhang auch noch mal über die Höhe der Kreisumlage nachdenken.

KTA Leseberg merkt an, dass die jetzige Erhöhung der Kreisumlage aus seiner Sicht genauso gerechtfertigt sei wie die Reduzierung seinerzeit und dass diese Entscheidungen aufgrund der ihnen vorliegenden Zahlen getroffen worden seien und damit eben auch nachvollziehbar. Die Entwicklung der Liquiditätskredite sei aber auch schwer zu beeinflussen, weil vieles zunächst vorfinanziert werden müsse, für das die Erstattung von Bund und Land leider erst später erfolge.

KTA Warnecke richtet das Augenmerk auf Instrumente wie Controlling, Budgetierung oder Steuern mit Zielen, die bereits von der Kreisverwaltung genutzt werden. Dies helfe, die vorhandenen Mittel optimiert einzusetzen, führe aber in der Summe nicht zu gravierenden Verbesserungen. Der größte Teil dazu kann auch aus seiner Sicht nur durch Bund und Land beigetragen werden.

Auch für LR Kohlmeier ist es schade, dass man gerade unter den derzeit günstigen Rahmenbedingungen nicht zu noch besseren Ergebnissen kommen konnte. Aber mehr als die Hälfte der Aufwendungen fallen in den Bereichen Soziales und Jugend an und da ist fraglich, wo man mit eigenen Mitteln noch steuern kann hin zu Verbesserungen.

Er sieht auch das Problem der hohen Liquiditätskredite und sein Ziel ist es auch, diese zu senken. Er halte es für zielführend, die vorhandenen finanziellen Mittel gezielt in Schwerpunktbereichen einzusetzen. Klar sei aber auch, dass das an anderer Stelle unweigerlich zu Ausgabenbegrenzungen oder Kürzungen führe.





## **Protokoll zu TOP 5**

---

20.11.2012

### **Mitteilungen/Anfragen; hier: Zuschüsse für die Beseitigung von Tierkadavern - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsgang:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal um Beantwortung folgender Fragen zum Thema „Beseitigung von Tierkadavern“:

1. Wie hoch war der Aufwand in den Haushaltsjahren 2005 bis 2009?  
(Bitte für jedes Haushaltsjahr getrennt angeben)
2. Wie hoch war die Erstattung in den entsprechenden Haushaltsjahren?  
(Bitte für jedes Haushaltsjahr getrennt angeben)

#### *Antwort der Verwaltung durch Herrn Landrat Kohlmeier:*

Nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierischen Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften öffentlichen Rechts für die Beseitigung von Vieh. Sie haben daher als Beseitigungspflichtige die dafür notwendigen Kosten zu tragen, die nach dem Abzug der Verwertungserlöse verbleiben.

Im Landkreis Nienburg ist die Beseitigungspflicht auf die privatrechtliche Beseitigungseinrichtung Rendac Icker übertragen worden. 100% der Transportkosten sowie 75% der Kosten für die Beseitigung (den Restanteil von 25% trägt der Besitzer von Falltieren) sind von den Beseitigungspflichtigen auf der Grundlage testierter Jahresabschlüsse zu begleichen; 60 % dieser Kosten werden von der Tierseuchenkasse rückerstattet.

In 2011 ergingen seitens des Finanzamtes Osnabrück Land gegenüber Rendac Icker Umsatzsteuerbescheide in Höhe von insgesamt 10,3 Mio. € für die Jahre 2005 bis 2009. Mit diesen Bescheiden wurde die Umsatzsteuer für die Ausgleichszahlungen,

die die Beseitigungspflichtigen an den beliebigen Unternehmer für die jeweiligen Kalenderjahre geleistet haben, festgesetzt. Der Landkreis Nienburg hatte vorsorglich im Hinblick auf die zu erwartende Umsatzsteuerbelastung Rückstellungen gebildet.

- / In der dem Protokoll beigefügten Tabelle sind der vom Landkreis Nienburg zu tragende Kostenaufwand und die von der Tierseuchenkasse geleisteten Erstattungen für die Jahre 2005 bis 2009 erfasst. Danach beläuft sich das durchschnittliche jährliche Aufkommen für die Tierkörperbeseitigung unter Berücksichtigung der Erstattungen auf 235.000 €.



**Protokoll zu TOP 6**

---

20.11.2012

**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Beschluss:

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.